

CHRONIK DER ZEIT

Die unterbliebene Revolution

Frankreich fragt sich heute, ob es nicht eine wirtschaftliche und soziale Revolution versäumt habe. Alle ernsthaften Beobachter waren sich seit den Anfängen des Jahrhunderts einig, daß das Land eine industrielle Revolution brauche. Es fehlte der unternehmerische Elan, der Wille zum technischen Fortschritt und der Mut zur modernen Organisation. Frankreich schien ein Land der Rentner zu sein. Sein Gesicht wurde — zu einem Teil in täuschender Weise — davon geprägt, seine Ideale waren die der kultivierten Lebensfreuden der Rentnerklasse. Es war die syndikalistische Bewegung vor allem, die ein Ideal der Produzenten dagegen stellte. Ihr Finanzkapital investierte vor 1914 in den strategischen Eisenbahnen Rußlands und nicht in der französischen Industrie.

Nach 1945 schien im Zeichen des Monnetplanes die industrielle Revolution in Frankreich angebahnt zu werden. Mit einer Politik der Entbehrung und der Anstrengung, wie sie die englische Arbeiterregierung in die Wege leitete, wäre die Umwandlung und Erneuerung Frankreichs leicht zu vollbringen gewesen.

Es kamen die weltpolitischen Spannungen, es kam die kommunistische Gefahr. Die kommunistische Partei eroberte die Arbeiterschaft, als sie die Kontrolle über die Gewerkschaften erlangte. Der Weg zur Arbeiterschaft führt nun einmal über die Gewerkschaften. In dieser Situation bot der Marshallplan einen bequemeren „Weg, als es der soziale und wirtschaftliche Umbau aus eigener Kraft gewesen wäre. So jedenfalls stellt es ein namhafter Schriftsteller, Claude Bourget, in einem Aufsatz in „Le Monde“ dar. Dieser Aufsatz ist kennzeichnen der weise überschrieben: „Die falschen Freunde.“ Dort heißt es:

„Es ist bemerkenswert, daß die amerikanische Politik durch systematische Irrtümer verfälscht wurde. Nach der Befreiung bestand keine kommunistische Gefahr in den Teilen Europas, die durch die Abmachungen von Jalta und Potsdam außerhalb des russischen Einflusses gestellt wurden. Denn die Kommunisten besaßen die Hebel der Macht nicht, Heer und Polizei. Das Problem bestand darin, die Produktionskraft dieser Länder zu heben und gleichzeitig durch eine auf die Gerechtigkeit gegründete wirtschaftliche und fiskalische Politik das Proletariat in die nationale Gemeinschaft einzufügen. Für Frankreich, ein von Natur aus reiches Land mit einem bescheidenen Außenhandel, einer ausgeglichenen Wirtschaft, bedeutete

das nur einige Jahre der Entbehrung und Anstrengung.

Die Entbehrung und Anstrengung waren nicht nach dem Geschmack der Mehrheit der besitzenden Klassen und mißfielen den Politikern. Man zeichnete den Amerikanern ein verzweifelteres Bild eines Frankreichs, das im Begriffe sei, den Kommunisten anheimzufallen, wenn es nicht eine reichliche Hilfe erhalte. Die amerikanische Hilfe trug in einem gewissen Maße zur wirtschaftlichen Ausstattung und Erneuerung Frankreichs bei, bewegte aber die Politiker zu bequemem Losungen und zur Plünderung des öffentlichen Vermögens. Überdies brachte sie — einerseits durch die Bedingungen, unter denen sie gegeben wurde, andererseits durch ihre psychologischen Auswirkungen — ein Abrutschen nach rechts zuwege, ein Abrutschen zu einer reaktionären und antisozialen Politik, das die Politiker ohne Gewissensbisse mitmachen, da der Dollar eine Politik à la Cripps nutzlos machte und davon entband, die Hilfe der Arbeiterklasse zu suchen, die eine solche Politik notwendig gemacht hätte.“

Diese Politik aber habe durchaus nicht den Interessen Amerikas gedient, sondern diese Interessen verraten. Amerika könne sich ja nicht leisten, seine Hilfe beständig in ein Faß ohne Boden zu schütten und verlange daher eine fiskalische Reform, „wie sie eine Rechtsregierung in Frankreich nie durchführen kann“. Außerdem fordert Amerika eine Verständigung mit den Arabern in Nordafrika, weil die Vereinigten Staaten nicht das Risiko laufen können, daß die ganze islamische Welt im Falle eines Krieges wie ein Vulkan explodiert. Dadurch sei man in einen verhängnisvollen Zirkel geraten. Die Vereinigten Staaten drücken mehr auf die französische Regierung als es die breiten Volksmassen in Frankreich (weit über die Regierungskreise hinaus) tragen können. Das ist die Ansicht eines „Neutralsten“, der nicht nur die kommunistische Gefahr, sondern auch die Gefahr der Sowjetunion gering einschätzt. Er mißdeutet wohl einige Erscheinungen in der französischen Entwicklung und Sozialpolitik erheblich und zieht unsichtbare Schlüsse daraus. Aber er wirft auf diese Entwicklungen, die für das europäische, politische und soziale Schicksal von ungeheurer Bedeutung waren und sind, ein eindringliches, zuweilen jäh blendendes Licht.

Eine Rede des Staatspräsidenten Auriol bei der Einweihung eines Staudammes spiegelt beide Stimmungen wider, die zu diesem aufsehen den Artikel führten. Auriol beschwerte sich in der Rede, daß man das

arbeitsame Deutschland dem müßiggehenden Frankreich entgegenstelle. Er beschwerte sich darüber, daß man die Hilfeleistung Amerikas nicht vergrößere, da ja Frankreich im Indonesien-Feldzug mehr Opfer und Anstrengungen gebracht habe als die Marshall-Hilfe einbrachte. Die Esde war ein leidenschaftliches Aufbegehren gegen die Begünstigungen und Bevorzugungen, die das deutsche Volk in den Augen der französischen Politiker durch die internationale Welt und besonders durch Amerika erfährt.

Die Ungeduld Amerikas gegenüber Frankreich hatte in einem grotesken Zwischenfall ihren Höhepunkt erreicht. Der USA-Botschafter in Paris überreichte eine Note mit großen und wohl nachdrücklichen Beanstandungen der inneren und äußeren Politik Frankreichs. Der französische Ministerpräsident P i n a y weigerte sich, die Note entgegenzunehmen. Der Zwischenfall ist inzwischen bereinigt worden, aber die Eede des Staatspräsidenten zeigt, wie sehr Frankreich und Amerika sich noch aneinander reiben.

Die Sackgasse, in die die Saarpolitik geraten ist, der Widerstand, den der Plan der Europaarmee in großen, einflußreichen politischen Kreisen Frankreichs erhalten hat, die Verbitterung Frankreichs über die Behandlung der Tunesien- und Marokkofrage in den USA, die Niederlage in Indochina, wo sich Frankreich durch die mangelnde Hilfe der Welt verraten glaubt, haben bewirkt, daß das französische Volk vollends störrisch geworden ist. Mit Mühe ist verhindert worden, daß die Regierung den Vertrag über die europäische Verteidigung aufgekündigt hat. Der Wüstungsetat ist um die Summe gekürzt worden, um die Amerika mit seinem Zuschuß hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist. Der „Beschauer“ Frankreichs an der Saar, Granv a l , hat mit seiner Politik an der Saar obsiegt. Der Ministerpräsident Frankreichs hat sich dem Widerspruch des Ministerpräsidenten des Saargebietes gefügt. „Ministerpräsident“ H o f f m a n n hat durch seine Ablehnung eine deutsch-französische Saarerklärung verhindern können. Die Wahlen an der Saar werden ohne „deutsche Parteien“ stattfinden. Es versteht sich von selbst, daß Frankreich den Widerstand des Herrn Hoffmann hätte leicht brechen können, wenn es nur gewollt hätte. Es hat nicht gewollt, es ist im Augenblick von „Unwillen“ beherrscht.

Die Dinge zeigen eine fatale Ähnlichkeit mit der Entwicklung nach 1918. Frankreich wird sich — wie viele Mächte und Bewegungen — überlegen müssen, ob es gut ist, die Hand immer nur an der Bremse anstatt am Steuer zu haben.

Präsident Eisenhower

General Eisenhower ist zum Präsidenten der USA gewählt worden. Seinen Sieg verdankt er den emotionalen Kräften, die sein Name auszulösen verstand. Die Republikaner, zu denen er ursprünglich kaum gehörte, hatten ihn wegen seiner Popularität geholt. Das Unbehagen in der amerikanischen Öffentlichkeit arbeitete für ihn.

Daß Wahlversprechungen nicht voll honoriert werden, weiß man. Der General war nahe daran, seinen Namen im Wahlkampf vollständig zu verspielen. Er ist in dem Wahlkampf in einem Maße als Parteimann aufgetreten, daß sein Gegner, mehr Politiker von Haus aus als er, im Vergleich zu ihm als überlegener Staatsmann dastand.

Eisenhowers außenpolitisches Programm war voll der Zwiespältigkeiten. Er verkündete auf der einen Seite einen „Kreuzzug der Freiheit“, durch den die Satellitenstaaten einschließlich Chinas von der sowjetischen Herrschaft befreit werden sollten. Ernst genommen müßte dieses Ziel die weltpolitischen Gegensätze mit einem Schläge hell auflodern lassen. Durch dieses Programm wird die Machtstellung der Sowjetunion auf die denkbar radikalste Weise angefochten. Auf der anderen Seite versprach der General eine Senkung der Staatsausgaben, die nur durch eine drastische Beschneidung der Rüstungen möglich ist. Er verlangt, daß in Korea die Südkoreaner allein Krieg führen, die doch offenkundig nicht fähig wären, den rotchinesischen und nordkoreanischen Armeen standzuhalten.

Alles hängt davon ab, ob es dem Präsidenten gelingt, sich von der Vormundschaft des republikanischen Parteiapparates zu befreien. Der Wahlkampf hat aber gezeigt, daß Eisenhower kein sehr ausgeprägtes politisches Profil hat und daß nicht viel unmittelbare und elementare politische Antriebe in ihm stecken. Die Gefahr ist groß, daß er den Einflüssen der republikanischen Kamarilla erliegt, die vor allem auf die Verringerung der Staatsausgaben aus ist, was eine radikale Beschneidung des Sozial- und Rüstungsbudgets bedeuten würde. Sie will die Herabsetzung der Steuern, koste es an sozialpolitischen und weltpolitischen Opfern was es wolle. Das könnte in der Folgewirkung leicht zu Abenteuern in der Welt führen, weil eine solche Politik der radikalen Ausgaben- und Rüstungsbeschränkung zu billigen und schnellen Lösungen auch in der großen Weltpolitik zwingt.

Was das Verhältnis des Generals zu den Gewerkschaften anbelangt, so beweist seine Wahl, daß die Parole der Gewerkschaften für Stevenson nicht einheitlich befolgt wurde. Der General hat sich zwar nicht restlos auf die Seite des Gewerkschafts-

gesetzes (Taft-Hartley Bill) gestellt und sich aller schroff antigewerkschaftlichen Äußerungen enthalten. Aber auch hier ist nicht zu sehen, was Wahltaktik und was auf richtig ist.

In jedem Bereich des nationalen Lebens könnte also die Präsidentschaft Eisenhowers einen Bruch, bedeuten. Sie könnte es Eisenhower bedeutet Veränderung und bedeutet sogar die Drohung explosiver Geschehnisse. Aber die Verhältnisse sind schon öfters stärker gewesen als der Wille und die Neigung des Präsidenten. Vor allem die weltpolitischen Notwendigkeiten werden dem General manche Maßnahme aufzwingen, die er im Wahlkampf verleugnet hat. Die Notwendigkeit der weltpolitischen Behauptung führt aber auch zu der Aufrechterhaltung der sozialpolitischen Errungenschaften, denn eine Nation mit schweren inneren sozialen Krisen würde kaum in der Lage sein, die Weltverantwortung weiter zu tragen, dar sich die USA nie werden entziehen können.

Die Kongresse der sozialistischen Parteien

Die beiden großen sozialistischen Parteien des Kontinents haben ihren Kongreß abgehalten. Die Labour Party in Marcombe, die SPD in Dortmund.

Der Parteitag der SPD verriet — in imponierender und zuweilen sogar beunruhigender Weise — eine große Geschlossenheit der Partei, Der Kongreß war deshalb auch ohne größere innere Bewegtheit. Die kräftigen und dynamischen Akzente fehlten, die sonst Schumacher dem Parteitag gab.

Der Parteitag beschloß einstimmig das neue Parteiprogramm. Die außenpolitische Konzeption, die dem Programm voransteht und die das Programm beherrscht, ist eine der letzten Arbeiten Schumachers gewesen. Seine Formulierungskraft gibt diesem Teil des Programms das Gepräge. Der Kampf um die Wiederherstellung der deutschen Einheit ist die große geschichtliche Aufgabe, die alle anderen Forderungen der Partei überschattet. Das übrige Programm ist kaum aus einem Guß. Die sozial-ökonomische Analyse, die auf dem Kongreß geboten wurde, war nicht sehr tiefgehend — abgesehen von dem Referat des Hamburger Senators Professor Schiller (siehe im übrigen „Das wirtschaftliche politische Konzept der Sozialdemokratie — Bemerkungen zum Ergebnis des Dortmunder Parteitags“ von Helmut Schmidt, S. 657 dieser Nummer).

Die englische Arbeiterpartei ihrerseits ist seit den letzten Jahrzehnten der Entscheidung enthoben, ob sie die Partei der Armen oder der Arbeiter sein will. Heute ist die englische Arbeiter- und Gewerk-

schaftsbewegung in fast zu exklusiver Form gleichbedeutend mit dem englischen Sozialismus. Der Kongreß in Marcombe ließ eine gefährliche Spannung zwischen dem gewerkschaftlichen und politischen Sektor der Arbeiterpartei erkennen. Die Arbeiterpartei — das muß wiederholt werden — besteht aus Gewerkschaften, Genossenschaften, und politischen Verbänden, Die letzteren stellen ungefähr ein Fünftel der Mitglieder der Gesamtpartei, vier Fünftel stellen die Gewerkschaften und Genossenschaften, Im eigentlichsten Sinne ist die englische Arbeiterpartei eine Gewerkschaftspartei. Die Gewerkschaften sind das wahre Fundament der Labour Party, Ein von den politischen Organisationen zu besetztes Parteigremium ist nun auf dem Kongreß von der radikalen Bevan-Gruppe erobert worden (fünf von den sieben Sitzen dieses Organs sind ihr zugefallen). Namhafte Gewerkschafter haben sich auf leidenschaftliche Weise der Bevan-Gruppe entgegen gestellt. Die Gewerkschaften erschienen als der eigentliche Träger des Widerstands gegen die Ansprüche der radikalen Gruppe. Die Labour Party bleibt beherrscht von den Gewerkschaften. Im Gesamtvorstand der Partei bildet die Bevan-Gruppe eine kleine Minderheit. Käme es zu einer Abspaltung der Bevan-Gruppe, dann würde die Arbeiterpartei nur noch mehr Gewerkschaftspartei sein als sie es ohnehin ist. Das Auseinanderklaffen des politischen und gewerkschaftlichen Sektors in der Labour Party hat die inneren Spannungen und Schwierigkeiten des Versuches an den Tag gelegt, aus den Gewerkschaften eine politische Partei zu machen.

PROF. DR. MICHAEL FEEUND

Der XIX. Kongreß der KPdSU

Nach 13jähriger Unterbrechung fand in Moskau vom 5. bis zum 14. Oktober der XIX. Kongreß der sowjetischen kommunistischen Partei statt. Mit seiner Einberufung hat Stalin es keineswegs eilig gehabt. Er hat gewartet bis sich die wirtschaftliche Lage des Landes und die innere Situation nach den verschiedenen seit 1946 vorgenommenen Säuberungen so weit konsolidiert hatten, daß er die große Demonstration in der Öffentlichkeit machen konnte. Seit fast 2 1/2 Jahrzehnten sind die Parteikongresse im bolschewistischen Rußland zu einem seltenen Ereignis geworden. Der Kampf gegen die Opposition vor dem Kriege und ihre Liquidierung bedingten schon ein unregelmäßiges Zusammentreten des Parteigremiums. An diesem war Stalin auch wenig gelegen, und er setzte sich mit der wachsenden Befestigung seiner Diktatur ganz einfach über das ursprüngliche Parteistatut hinweg, indem er die Kongresse

immer seltener zusammenberief, um ungestört regieren und seine Gegner liquidieren zu können.

Die Ergebnisse der Moskauer Tagung lassen sich vorweg durch das Schlagwort charakterisieren, daß im Grunde genommen alles beim alten bleibt. Die von vielen ausländischen Beobachtern erwarteten sensationellen Neuerungen sind durchweg ausgeblieben. Personalpolitisch ändert sich insofern gar nichts, als Stalin in zunächst ungebrochener Aktivität als Generalsekretär Parteiführer und als Ministerpräsident Chef der Regierung bleibt. Seine diktatorische Stellung in der Partei ist auch noch durch zwei Tatsachen unterstrichen worden: einmal bat er selbst den Vorsitz der Kommission übernehmend, die das Parteiprogramm gemäß den Beschlüssen des Kongresses umarbeiten wird. Zweitens hat er praktisch das gesamte Programm und die Festlegung der Politik der Partei durch den Kongreß insofern vorausbestimmt, als sein in der Septemberrummer der maßgebenden Parteizeitschrift „Bolschewik“ unter der Überschrift: „Wirtschaftliche Probleme des Sozialismus in der Sowjetunion“ veröffentlichter Aufsatz in theoretisch verklarlichter Form alles Wesentliche sagt.

Auch die organisatorische Umgestaltung der Partei durch das neue vom Kongreß angenommene Statut darf nicht überschätzt werden. Es handelt sich lediglich um eine Umetikettierung, um eine stärkere, auch nach außen hin zum Ausdruck gebrachte Konzentration der Macht in der obersten Parteispitze, wenn das Polit- und Organisationsbüro aufgelöst und in das neugeschaffene Präsidium des Zentralexekutivkomitees bzw. dessen Sekretariate im vollen personellen Bestände übergeführt worden sind. Dadurch haben diese beiden kleinen diktatorischen Gremien mit den zu ihnen gehörigen Kandidaten lediglich nach außen hin eine breitere Grundlage erhalten: das Präsidium wird vom Zentralexekutivkomitee gewählt und hat (mit dem Sekretariat) zwischen dessen halbjährlich stattfindenden Tagungen offiziell die Geschäfte zu führen. Das Präsidium sind außer dem Sekretariat für die organisatorische Durchführung der Parteibeschlüsse und für die Auswahl und Schulung der leitenden Parteikader noch ein Komitee für Parteikontrolle und eine Revisionskommission beigegeben.

In dem Parteistatut und in dem großen Referat von Malenkov insbesondere ist sehr nachdrücklich auf die notwendige Einhaltung der Prinzipien des „demokratischen Zentralismus“, d. h. der angeblichen Verantwortlichkeit der obersten Parteiorgane gegenüber der Gesamtheit der Partei, der Masse ihrer Mitglieder und ihrem Kongreß „hingewiesen worden. Mit ebensolchem Nach-

druck ist die sogenannte „innerparteiliche Demokratie“ herausgestellt worden, die angeblich das Recht der freien Diskussion und Kritik für jedes Parteimitglied an den Organen und der Politik der Partei in sich schließt.

In Wirklichkeit sind aber diese beiden Prinzipien nur gerissen ausgewählte Tarnungsbezeichnungen für die schrankenlose Diktatur innerhalb des kommunistischen Parteiapparates. Denn das Statut besagt, daß die Diskussion über Fragen der Parteipolitik so „organisiert“ sein muß, daß eine kleine Minderheit nicht die Möglichkeit haben soll, der „Mehrheit ihren Willen aufzuzwingen“ oder „Fraktionsbildungen“ zuzulassen, die die „Einheit der Partei“ zerbrechern, sie aufspalten oder die „Festigkeit und Kraft des sozialistischen Regimes erschüttern“ könnten.

Im übrigen hat aber das Anschwellen der Partei in den letzten 13 Jahren von rund 2,5 Millionen Mitglieder und Kandidaten auf 6,8 Millionen die Führung vor schwierige Probleme gestellt. Malenkov beklagte sich lebhaft über das Fehlen einer ausreichenden Disziplin, über die vielfach völlig unzureichende Auswahl der Kader und über die ungenügende Kontrolle der Durchführung wichtiger politischer und wirtschaftlicher Direktiven und Beschlüsse. Vor allen Dingen wettete er auch über das Fehlen einer ausreichenden ideologischen Schulung und des unbedingt erforderlichen parteipolitischen Bewußtseins. Das Abstellen aller dieser Mängel machte er den Parteimitgliedern zur Pflicht, die alles daransetzen sollen, die „Zusammensetzung der Kader zu verbessern, die Paradesittung der Selbstzufriedenheit und Selbstherrlichkeit“ zu beseitigen und mit der „Unterschätzung der politisch-ideologischen Arbeit“ Schluß zu machen.

Die Ausführungen Malenkovs zeigten deutlich, daß große Teile der Parteifunktionäre politisch gleichgültig sind und manche Vertreter der Partei sogar „schädlichen kapitalistisch-bürgerlichen Einflüssen“, namentlich auch aus der Berührung mit dem Westen, unterliegen. Sehr interessant war auch sein Hinweis darauf, daß gerade viele Leiter staatlicher Betriebe in allen Sektoren der Wirtschaft so schauten und walten, als ob es sich um ihre eigenen Betriebe handele und den Einfluß der Partei nach Möglichkeit auszuschließen trachten.

Daß die sowjetische Arbeiterschaft heute, ebenso wie die im ein staatliches Landarbeiterproletariat verwandelte Bauernschaft nur eine Statistenrolle zu spielen hat, liegt auf der Hand. Im Vergleich zur Parteiorganisation haben die Gewerkschaften in der Sowjetunion heute nichts zu sagen. Das ergab sich wieder einmal auch aus dem Referat von

Malenkov, der auf die Aufgabe des Parteiapparates hinwies, den Gewerkschaften und der kommunistischen Jugendorganisation Komsomol die notwendigen Direktiven zur „Verbesserung ihrer Arbeit“ zu geben. Die sowjetischen Gewerkschaften sind lediglich Instrumente zur Leistungssteigerung im Dienste des bolschewistischen Staatskapitalismus, der die Massen der Werktätigen rücksichtslos ausbeutet, um die höchsten Profite für die Kassen der obersten Parteiführer zu verschaffen.

Während Malenkov die Nationalitätenfrage in der Sowjetunion kaum berührte, verbreitete sich ausgerechnet der oberste Polizeichef Berija, Stalins georgischer Landsmann, über die „Segnungen“ der sowjetischen Nationalitätenpolitik, die für die ganze Welt „vorbildlich“ sei. Daß er es mit dieser Ausführlichkeit tat, ist ein deutliches Zeichen dafür, welche starken inneren Spannungen heute in der Sowjetunion zwischen dem führenden Staatsvolk, den Russen, und den anderen Völkern bestehen. Sie sind eine Folge des neuen großrussischen Nationalismus kommunistischer Prägung, den Stalin zu kultivieren gezwungen ist, um die wachsenden inneren Gegensätze zwischen der kommunistischen Diktatur und der Masse der russischen Intelligenz nach Möglichkeit zu kompensieren. Die Komplimente an die Adresse des russischen Volkes in der Rede Berijas auf dem Kongreß unterstreichen nur diese Tatsache.

Auf dem Parteikongreß sind auch die Direktiven für den neuen 5. Fünfjahresplan der Sowjetunion verabschiedet worden. Dieser bringt im wesentlichen nichts Neues, da in seinem Mittelpunkt nach wie vor die forcierte Industrialisierung steht, die in erster Linie Fortführung einer beschleunigten Aufrüstung größten Ausmaßes bedeutet. Wie weit die vom Plan geforderte Produktionserhöhung der Landwirtschaft, die zum großen Leidwesen der Sowjetrachthaber infolge der Unlust der Bauern — und dies trotz aller Technisierung und Mechanisierung — hinter den Plänen zurückbleibt, bleibt abzuwarten. Vielleicht könnte die als einziges Novum im fünften Fünfjahresplan erstmalig in der Geschichte der sowjetischen Planung angekündigte Erhöhung der Konsumgüterproduktion die Arbeitslust der Bauern erhöhen. Alles in allem wird zwar die Produktionskapazität der Sowjetwirtschaft 1955 in bezug auf die Grundindustrien — Kohle, Rohöl, Roheisen, Rohstahl und elektrischen Strom — etwa derjenigen von Westdeutschland, Großbritannien und Frankreich entsprechen, aber noch weit unter der gegenwärtigen amerikanischen liegen. — Der Lebensstandard der Sowjetbevölkerung wird dagegen 1855

noch weit von dem der Menschen in den führenden westlichen Industrieländern und anderen demokratischen Staaten des Westens entfernt sein.

Außenpolitisch hat der Kongreß keine neuen Momente gebracht. Aus Stalins theoretischer Abhandlung im „Solschewik“ ergibt sich nur, ebenso wie aus den Ausführungen Malenkows in seinem Rechenschaftsbericht, daß es beim „Kalten Kriege“ bleibt und daß die Sowjetunion jetzt noch — angesichts der wachsenden Stärke des Westens — einen militärischen Angriff scheut.

Die Machthaber in Moskau sind aber an einem wirklichen friedlichen Ausgleich mit dem demokratischen Westen in keiner Weise interessiert. Sie stehen Gewehr bei Fuß und verlassen sich darauf, daß die angeblich wachsenden inneren Gegensätze zwischen den kapitalistischen Staaten in absehbarer Zeit zu kriegerischen Konflikten zwischen diesen führen werden. Der ganze Tenor der Ausführungen Stalins, Malenkows und der anderen Redner, wie etwa Berijas oder Kriegsminister Bulganin, ist — mit deutlichem Säbelgerassel im Hintergrunde — darauf abgestellt, einen Keil zwischen die Westmächte zu treiben. Die USA werden hingestellt als böser Störenfried, der den Krieg unentwegt vorbereitet und nach politischer und wirtschaftlicher Weltherrschaft strebt. Großbritannien und Frankreich würden sich nach Stalin in absehbarer Zeit von der amerikanischen Vorherrschaft ebenso befreien wollen wie Westdeutschland und Japan, die außerdem noch in ihrem Kampf um nationale Unabhängigkeit in Gegensatz zu London und Paris geraten werden. Außerdem, sollen verlockende Handelsangebote des Ostblocks Uneinigkeit zwischen den Westmächten säen und ihre Wachsamkeit einschläfern.

Die kommunistischen Parteien in der ganzen Welt haben aber nur eine Aufgabe, die Auseinandersetzungen im kapitalistisch-imperialistischen Lager zu beschleunigen und die Wehrkraft des Westens und seine Verteidigungsbereitschaft sowie seine Verteidigungsorganisation zu zersetzen und zu zerschlagen. Das Mittel dazu ist die „Friedensbewegung“, in deren Zeichen die kommunistischen Parteien weiteste Kreise der Völker und die Anhänger aller demokratischen Parteien um sich scharen sollen. Zu diesem Zwecke sollen die Kommunisten auch nach Möglichkeit aus der Opposition herausgehen und zur alten Volksfronttaktik zurückkehren, mit dem Ziel, die Verantwortung in den Regierungen mitzuübernehmen und dadurch das demokratische Lager weiter zu spalten.

DR. NIKOLAUS ECK